

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Kadowitz Dresden
Verlagsnummer: 20543
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schiffstraße 1, Hauptbahnhof
Dresden - L., Wartenberg 28/29

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 2.40 RM. (einschl. Porto 0.40 RM. für
Zugabe), durch die Post 2.40 RM. einschließlich 0.40 RM. Porto (einschl. Porto 0.40 RM. für
Zugabe). Einzelnummern 10 Pf., außerhalb Dresdens 15 Pf., Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Wortmaß berechnet die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Familien-
anzeigen und Stellensuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile
300 Pf., außerhalb 250 Pf., Offertengebühren 30 Pf., Kustobührige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Kadowitz & Kadowitz,
Dresden, Wilschstr. 22a, 1066 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig, Uebersetzung
Schlichte werden nicht aufbewahrt

Wirths Vorschläge zur Wahlreform

162 Wahlkreise statt bisher 35

Berlin, 18. Aug. Das Reichskabinett wird sich am Dien-
stag mit verschiedenen Reformplänen beschäftigen, die dem
Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt zugeleitet wer-
den sollen. Am weitesten gediehen sind die Vorarbeiten des
Kabinetts für die Wahlreform. Die geplanten Maß-
nahmen beziehen sich lediglich auf eine Reform der Wahlge-
gebung. Sie lassen also die grundsätzlichen Wahlbestimmun-
gen der Verfassung unangetastet. Das Reichskabinett
will offenbar auf diese Weise den Zwang einer ver-
fassungsgemäßen für grundsätzliche Wahlreformen nicht zu be-
kommen ist, vermeiden. Infolgedessen verarbeitete die
Regierung auf eine Heraussetzung des Wahlalters,
wie der Reichsinnenminister Dr. Wirth am Sonntag bereits
in einer Rede zum Ausdruck gebracht hat. Der Entwurf des
Reichsinnenministeriums, mit dem sich das Reichskabinett am
Dienstag beschäftigt, gründet sich größtenteils auf die Vor-
arbeiten, die bereits von verschiedenen Vorgängern Dr.
Wirth geleistet worden sind. Die wichtigste Maßnahme, die
das Reichskabinett vorschlägt, ist eine wesentliche Verkleine-
rung der Wahlkreise.

Gegenwärtig bestehen 35 Wahlkreise, an deren Stelle
später 162 Wahlkreise treten sollen.
Ihre durchschnittliche Bevölkerungszahl würde ungefähr
100 000 betragen. Da das Wahlalter beibehalten werden soll,
bedeutet das rund 250 000 Wahlberechtigte und (eine 80pro-
zentige Wahlbeteiligung vorausgesetzt) rund 200 000 Wähler
in einem Wahlkreis. Man würde auf diese Weise erreichen,
daß in den einzelnen Wahlkreisen höchstens je drei oder
vier Abgeordnete gewählt werden können, woraus man
sich eine engere Verbindung zwischen Abgeordneten und
Wahlerschaft verspricht. Weitere Reformmaßnahmen zielen
auf eine
vollige Beseitigung der Reichslisten
hin. Die Berechnung der Reststimmen wird dann innerhalb
der Wahlkreisverbände usw. zu erfolgen haben.

Es ist zu beachten, daß im Mai 1928 nicht weniger als
75 Mandate durch die Reichsliste erworben worden sind. Be-
sauntlich wird die Zusammensetzung der Reichsliste durch den
Vorliegenden und den Vorstand der Parteien bestimmt.

Die Vorarbeiten zur Finanzreform sind noch
nicht so weit gediehen. Nach zuverlässigen Mitteilungen liegt
hier ein fertig ausgearbeiteter Plan noch nicht vor. Der
Reichsfinanzminister dürfte am Dienstag zunächst seine Vor-
schläge innerhalb des Kabinetts eingehend entwickeln, die im
wesentlichen auf eine

Neuregelung des Finanzausgleiches zwischen Reich und Ländern

für einen längeren Zeitraum hinauslaufen. Erst auf Grund
der Berichterstattung des Finanzministers und der anschließen-
den Erklärungen innerhalb des Kabinetts dürfte das Finanz-
ministerium einen Referentenentwurf fertigstellen, der dann
das Kabinett noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt beschä-
ftigen würde. Infolgedessen entbehren auch alle Kombinationen
über die Rolle, die bestimmte Steuerarten in den Reform-
plänen des Finanzministers spielen sollen, einstweilen auf
jeder greifbaren Grundlage. Man rechnet damit, daß die
Sitzung des Reichskabinetts den ganzen Dienstag in An-
spruch nehmen wird.

Die neuen deutschen Zollverhandlungen mit Finnland

Berlin, 18. August. Dem deutschen Unterhändler für
Zollverhandlungen, Ministerialdirektor Dr. Ritter, sind nach der
U. L. bestimmte Richtlinien mit auf den Weg gegeben worden.
Ziel der neuen Verhandlungen ist auf deutscher Seite, die
Dauer der zeitlichen Begrenzung des Zusatzabkommens mit
Finnland hinsichtlich der Butter- und Käsefälle zu
verkürzen. Für den verkürzten Zeitraum würden dann
die geplanten hohen Zollsätze gelten. Die Reichsregierung
ist bereit, der finnischen Regierung zum Ausgleich hierfür ein
Kontingentsabkommen für die finnische Butter- und
Käseinfuhr nach Deutschland anzubieten. In unterrichteten
Kreisen rechnet man mit einer endgültigen Klärung der Lage
bis Ende dieser oder Anfang nächster Woche.

Was uns Frankreich wünscht

Wenn man in diesen Wochen die französische Presse ver-
folgt, so fällt das rege Interesse auf, das sie unseren inner-
politischen Ereignissen und besonders dem Wahlkampf ent-
gegenbringt. Jede Bewegung in unserem Parteiwesen, jede
Besprechung von Parteiführern wird sorgsam registriert, und
jedes im Wahlkampf gesprochene Wort, das doch gewiß nicht
auf die Goldwaage gelegt werden sollte, wird auf seine außen-
politische Bedeutung hin geprüft. Aber diese Anteilnahme ist
offenbar nicht objektiv; sie entspringt nicht dem Wunsch nach
einer inneren Gesundung Deutschlands, an der das größte
Glaubigerland immerhin Interesse haben müßte, sondern sie
geht mit vorgefaßten Meinungen an die deutschen Dinge her-
an und scheut nicht vor Parteinahme und Einmischung in
unsere inneren Verhältnisse zurück.

Ein Umstand muß uns Deutsche dabei besonders bedenklich
stimmen. Wir wissen, daß in Frankreichs Regierungssystem
seit Jahren die konservative Tendenz vor-
herrscht. Lardieu stützt sich, ebenso wie vor ihm Poincaré,
auf die Mitte und auf die Rechte des Parlaments. Die (in
unserem Sinne) demokratischen und sozialistischen Kräfte
werden beharrlich von der Machtübung ferngehalten. Und
Frankreich befindet sich wohl dabei; es sieht seine Interessen
nach außen hin kräftig gewahrt und bleibt im Innern der ein-
zige Staat, der von der internationalen Wirtschaftskrise noch
nicht erfaßt ist, der keine Arbeitslosigkeit kennt und immer
noch im Golde schwimmt. In Deutschland sehen aber die
Pariser Machthaber und ihre Wortführer in der Presse die
Lage umgekehrt. Die deutschen Rechtsparteien sind ihnen ein
Gruel — sie geben dieser Ansicht offen Ausdruck — und nur
die Bestrebungen der Linken, parteimäßig ausgedrückt, der
Sozialdemokratie und der Staatspartei, scheinen ihnen richtig,
nützlich und förderndwert. Es hat schon einmal eine Zeit
gegeben, wo es anders war. Als man nämlich fürchten mußte,
daß infolge der sozialistischen Miswirtschaft die deutschen
Finanzen so zerrütet würden, daß die Tributzahlungen in
Frage gestellt wären. Damals standen die deutschen Mittel-
und Rechtsparteien in Frankreich hoch in Gonn, und man hat
es dankbar begrüßt, daß sie sich bemühten, wieder Ordnung in
den deutschen Haushalt zu bringen. Wahrscheinlich wird bald
wieder eine Zeit kommen, in der diese Betrachtungsweise der
innerdeutschen Verhältnisse die Oberhand gewinnt.

Gegenwärtig aber, wo es nicht direkt um eigene Geld-
beutelinteressen geht, sieht das offizielle Frankreich alles, was
in Deutschland vorgeht, nur mit den Augen unserer
Linksparteien und nimmt ganz eindeutig für sie Stel-
lung. Von der Staatspartei erwartet es, daß sie auch unter
den veränderten außenpolitischen Verhältnissen unentwegt den
Stresemannkurs weitersteuern wird, und von der deut-
schen Sozialdemokratie ist man in Paris
vollends enttäuscht, weil man sie mit Recht für den
treuesten Sachwalter der französischen Interessen in Deutsch-
land hält. Ihre antideutsche und profranzösische Haltung bei
allen Zwischenfällen der letzten Zeit — bei den Separatisten-
unruhen im Rheinland, beim Prozeß Caweltier und während
der Diskussion um die Treviranusrede — hat diese Auffassung
von neuem bestätigt.

Nur sonderbar, daß diese Wertschätzung des Sozialismus
in der französischen Innenpolitik nicht mehr gilt. Dieselbe
„patriotische“ Presse, die unsere deutschen Genossen über den
grünen Alee lobt, führt gleichzeitig im Zusammenhang mit
der Streikbewegung in Nordfrankreich einen heftigen Feld-
zug gegen die französischen Sozialisten und
stempelt sie zum Sündenbock für alles, was in Frankreich nicht
nach Wunsch gerät. Sie sind schuld an dem Zustandekommen
der französischen Sozialversicherung und auch daran, daß ihre
Einführung leht Reibungen verurlicht; sie werden der Be-
günstigung des Kommunismus beschuldigt, der nationalen
Unauverfälligkeit und der wirtschaftlichen Unvernunft. Man
läßt kein gutes Haar an der Partei Leon Blums und Paul
Boncour. Da sich die Sozialdemokratie ihres internationalen
Charakters rühmt und überaß, in allen Ländern nach einem
einheitlichen Programm die gleichen Ziele verfolgt, möchte
doch diese Beurteilung der sozialistischen Politik ebenso für
ihre Verleumdung in Deutschland gelten. Wie in Frankreich, so
müßte auch hier ihr Klassenkampf dem nationalen und wirt-
schaftlichen Aufstieg gleich hinderlich sein. Aber weit gefehlt!
Bei uns ist sie nach französischem Urteil eine ausgezeichnete
Einrichtung. Ihr wünscht man von Herzen alles nur erdenk-
liche Wohlglück, und dem deutschen Volk wünscht man die
marxistische Pest auf den Hals.

Ebenso unverhüllt nimmt die französische Presse gegen
die deutschen Rechtsparteien Stellung. Dabei wird,
anders als in Deutschland, zwischen den einzelnen Gruppen
wenig Unterschied gemacht: Eugenberg, Bekker, Schiele und
Treviranus werden mit dem gleichen Haß beehrt. Scholz er-
hält ebenfalls eine schlechte Jenseit, weil er mit der Volks-
partei nicht auf den staatsparteilichen Peim gekrochen ist. Und
Dittler ist natürlich ganz unten durch. Die Folgerung, die
daraus gezogen wird, geht dahin, daß eine Rechtsregierung in
Deutschland die Kriegsgefahr bedeute und daß ohne Sozial-
demokratie bei uns nicht regiert werden dürfe. In diesem
Sinne arbeitet denn auch die französische Propaganda in

Die Entdeutschungsdiktatur in Memel

Bruch der memelländischen Autonomie - Das Eingreifen Deutschlands notwendig

Memel, 18. Aug. Der Memelländische Landtag wird am
20. August zusammentreten, um sich mit der durch die Ueber-
nahme der Geschäfte durch das litauische Landesdirektorium
Reisgans entstandenen Lage zu beschäftigen. Es unterliegt
keinem Zweifel, daß der Landtag dem Direktorium das Miß-
trauen aussprechen wird, nicht nur weil die Mitglieder des
neuen Direktoriums ihrer Vorbildung nach gar nicht in der
Lage sind, die höchsten Verwaltungsposten des Gebietes zu
bekleiden, sondern weil

die Einsetzung einer litauischen Landesregierung durch
den litauischen Gouverneur eine unerhörte Herausfor-
derung der deutschen Mehrheit

des Memelländischen Landtages und eine grobe Mißachtung
der memelländischen Autonomie darstellt.

Die Stimmung im Memelgebiet über den neuesten Vor-
stoß des litauischen Gouverneurs gegen die Autonomie ist
außerordentlich erregt. Allgemein wird daraus hin-
gewiesen, daß die Einsetzung des Ministeriums nach der vor-
läufigen Zurückstellung der Gesetze zur „Auslegung“ des
Autonomiegesetzes ein Verstoß mit anderen Mitteln ist, die
Autonomie auszuschalten und die Diktatur des litauischen
Gouverneurs an ihre Stelle zu setzen. Die Mitglieder der
neuen Landesregierung dienen dem Gouverneur lediglich als
Strohmann, hinter denen er seine Entdeutschungspläne um
so ungestörter durchzuführen hofft.

In Memel hält man jetzt das Eingreifen Deutsch-
lands für unausbleiblich.

Denn nicht zuletzt bedeutet die Aufrichtung der verkappten
Gouverneurndiktatur auch eine Brücklerung des Berliner
Auswärtigen Amtes, das anscheinend bisher immer noch ge-
hofft hat, mit Litauen zu einer gütlichen Vereinbarung über
die memelländisch-litauischen Streitfragen zu gelangen.

Wieder eine Winderheitschule in Ostoberschlesien geschlossen

Plesch, 18. August. Die bisherige im evangelischen Schul-
gebäude in Stände untergebrachte deutsche Winder-
heitschule wird auf Grund einer Verordnung der
Polenverwaltung für das neue Schuljahr geschlossen. Die Ver-
ordnung wird damit begründet, daß angeblich die nach dem
Genfer Abkommen erforderliche Schülerzahl nicht mehr er-
reicht worden sei. In derselben Verordnung heißt es, daß
es den Eltern, die ihre Kinder der Winderheitschule zuführen

wollen, unbenommen bleibe, die Errichtung einer Privat-
schule, natürlich aus eigenen Mitteln, zu betreiben, denn es
wird gleichzeitig bekanntgegeben, daß seitens der amtlichen
Stellen öffentliche Schulräume nicht mehr zur Verfügung ge-
stellt werden.

Polnische Kundgebung am Weichselbrückenkopf

Dirschau, 18. August. In den fünf Weichselbürgern,
die trotz des allgemeinen deutschen Abstammungsfestes Polen
angehört wurden, fand die Jehnjahresfeier der Ueber-
nahme dieser Orte statt, an der ein großer Teil der
Starosten (Landräte) des angrenzenden polnischen Gebietes
und Vertreter der Militär- und Zivilbehörden mit dem
pommerellischen Polowoden Lamos teilnahmen. Nach der An-
sprache des Polowoden und des Bürgermeisters von Memel
hielt der Direktor des polnischen Westmarkenvereins eine
Rede, die in einer vom Westmarkenverein eingebrachten
Resolution gipfelte. In dieser Resolution, die sich in schärfster
Form gegen Reichsminister Treviranus wendet,
wird von der „Moralität eines deutsch-pol-
nischen Krieges“ gesprochen und von der polnischen Re-
gierung eine energische diplomatische Intervention
verlangt. Zum Schluß wird die polnische Bevölkerung auf-
gerufen, „alle Kräfte unter der Parole: Die Front zum
Meer und zu Pommern!“ zu mobilisieren.

Italiens Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Rom, 18. August. Das umfassende Programm für Ro-
tationsarbeiten, das die italienische Regierung zur Ver-
kämpfung der Winterarbeitslosigkeit aufgestellt hat, ist, nach
einer Mitteilung des Organs der faschistischen Partei, bereits
durch früher bereitgestellte Geldmittel finanziert. Mit den
staatlichen Rotationsarbeiten, die Ende Oktober schon in
vollem Gange sein sollen, finden über 200 000 Arbeiter in den
Wintermonaten Beschäftigung und Verdienst. Daneben sind
von den großen Städten in Vereinbarung mit der Regierung
weitere Rotationsarbeiten geplant. Das italienische Arbeits-
losenproblem, das nur als ein Ausschnitt aus der Weltwirt-
schaftslage betrachtet werden könne, sei mit diesen Maßnahmen
nicht vollständig gelöst, die faschistische Regierung habe damit
aber zur Abwehr die notwendigen Vorbeugungsmaßnahmen
ergriffen.